

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Soziales am 24. Oktober 2011

Anwesend waren: Erster Bürgermeister Dotzel

Stadträtin Schwarz

Stadträtin Zethner

Stadtrat Gernhart

Stadtrat Feyh

Stadtrat Hofmann

Stadtrat Oettinger

Stadtrat Petermann

Stadtrat Jens Marco Scherf

VR A. Englert als Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich und dauerte von 19.00 Uhr bis 20.30 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Generalsanierung der Volksschule – Förderrechtliche Rahmenbedingungen

Anlässlich einer Ortsbegehung im September 2010 wurde festgestellt, daß in der Volksschule umfangreiche Maßnahmen zur Brandschutzertüchtigung durchgeführt werden müssen. Der Bau- und Umweltausschuß hatte am 22.11.2010 eine Ortsbegehung durchgeführt und die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Förderantrag vorzubereiten.

Im Zuge der damit verbundenen Planungsüberlegungen und Bestandsaufnahmen wurde erheblicher weiterer Sanierungsbedarf festgestellt. Dieser betrifft neben allgemeinen Maßnahmen zur Substanzerhaltung insbesondere die Bereiche Energetische Sanierung und Barrierefreier Zugang. Eine vollständige Umsetzung würde bei einer Hauptnutzfläche von derzeit 2.350 m² Kosten von etwa 6,0 Mio. € auslösen.

Vor diesem Hintergrund hat am 10.10.2011 ein Fördergespräch bei der Regierung von Unterfranken stattgefunden. Dabei wurde deutlich gemacht, daß eine staatliche Förderung nur insofern und insoweit in Frage kommt, als der Schulstandort für einen Zeitraum von 20 Jahren gesichert ist. Das Staatliche Schulamt sieht dies aufgrund eigener Prognosen für den Haupt-/Mittelschulbereich als nicht gegeben an. Es vertritt die Auffassung, daß im Mittelschulverbund Mainbogen nur der Standort Erlenbach dauerhaft bestehen bleiben wird.

Die Regierung hat daraufhin vorläufig einen Bedarf von 8 Grundschulklassen und 6 Mittagsbetreuungsklassen anerkannt. Dies ergibt eine förderfähige Hauptnutzfläche von 1.406 m² und förderfähige Kosten von etwa 4,65 Mio. €. Die Planung des Büros Stendel wurde als in sich schlüssig und auch kostenbewußt beurteilt.

Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß selbst bei vollständiger Anerkennung der bestehenden Flächen die förderfähigen Gesamtkosten nur etwa 5,4 Mio. € betragen würden. Bei eine zu erwartenden effektiven Förderquote von etwa 50% ergibt sich ein Zuschußausfall von etwa 400.000 €.

Seitens der Stadt wurde insbesondere die Prognose zur weiteren Entwicklung der Schülerzahlen in Wörth angezweifelt, da die Berechnungen der Kämmerei zu wesentlich günstigeren Ergebnissen führen. Absprachegemäß wurde inzwischen Kontakt mit dem Schulamt aufgenommen, um die Differenzen möglichst zu bereinigen.

Ungeachtet dessen muß die Stadt versuchen, die Förderlücke zu schließen. Dabei bietet es sich an, die Gründung eines Schulverbandes mit der Stadt Klingenberg zu untersuchen. Dort war ebenfalls ein Förderbedarf für den Haupt-/Mittelschulbedarf wegen geringer Prognosewerte abgelehnt worden. In einem Schulverband würden die Klingenger Haupt-/Mittelschüler anders als bisher vollständig dem Wörther Bedarf zugerechnet werden. Bgm. Dotzel wird in dieser Frage am 26.10. ein Gespräch mit seinem Amtskollegen Simon führen.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales nahm dies zur Kenntnis.

2. **Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Trägerschaft der OGS**

Mit Schreiben vom 05.10.2011 hat die Stadtratsfraktion der SPD folgenden Antrag gestellt:

„Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mögliche Träger für die OGS anzufragen, ob sie an einer Übernahme der Trägerschaft der OGS im Schuljahr 2012/13 interessiert sind
2. Das organisatorische und pädagogische Konzept wird dem Stadtrat von den potentiellen Trägern persönlich vorgestellt
3. Der Stadtrat entscheidet anschließend, ob er an Stelle der städtischen Trägerschaft die Trägerschaft für die OGS einem alternativen Träger übertragen möchte“

Begründet wird dies mit den sehr hohen finanziellen Aufwendungen für die Stadt und die zuletzt an den Stadtrat herangetragenen Informationen. Als mögliche Träger werden gfi/bfz, GbF und AWO namentlich benannt.

Bgm. Dotzel zeigte auf, daß die finanziellen Aufwendungen der Stadt teilweise nicht kassenwirksam sind (Kalkulatorische Kosten, Verwaltungskostenbeitrag), teilweise die Stadt auch bei einer Trägerschaft Dritter treffen würden (Sachkosten, Personalkostenzuschüsse). An echten Mehrkosten verbleiben im Betriebsjahr 2011/2012 voraussichtlich etwa 4.500 € für zusätzlichen Personaleinsatz.

Hinzu kommt, daß nach Abschn. 2.2.2 der Bekanntmachung des Kultusministeriums vom Juli 2010 über die Offenen Ganztageschulen die Schulleitung im Benehmen mit dem Sachaufwandsträger berufen ist, die Durchführung der Bildungs- und Betreuungsangebote in der OGS einem freien gemeinnützigen Träger als Kooperationspartner zu übertragen.

Stadtrat Jens Marco Scherf ergänzte, daß der Freistaat selbst als ursprünglich Verpflichteter keine Offenen Ganztageschulen mehr führen will.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales beauftragte die Verwaltung, im Sinne des o.g. Antrages tätig zu werden und dabei auch die Schulleitung frühzeitig zu beteiligen. In jedem Fall soll dafür Sorge getragen werden, daß der Qualitätsstandard der OGS erhalten bleibt.

3. **Kirchweih 2012 – Antrag auf Verschiebung der Fahrgeschäfte vom Bahnhofsvorplatz**

Während des Kirchweihfestes 2011 mußte aus organisatorischen Gründen ein größeres Fahrgeschäft auf dem Bahnhofsvorplatz betrieben werden. Dies hat wegen der damit verbundenen Geräusentwicklung in der Nachbarschaft für erheblichen Unmut gesorgt. Mit Schreiben vom 27.09.2011 haben insgesamt 15 Anlieger beantragt, die Fahrgeschäfte künftig an einem anderen Platz unterzubringen und den Bahnhofsvorplatz davon freizuhalten.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur und Soziales nahm dies zum Anlaß, grundsätzliche Überlegungen zur künftigen Gestaltung des Kirchweihfestes anzustellen. Dabei bestand eine gewisse Übereinstimmung darin, die Qualität der Marktbesucher zu steigern und die Fahrgeschäfte zu beschränken.

Der Ausschuß faßte folgende Beschlüsse:

- Das kritisierte Fahrgeschäft soll im kommenden Jahr überhaupt nicht betrieben werden. Als Angebot werden der traditionelle Autoscooter und die kleineren Geschäfte am Marktplatz als ausreichend angesehen.
- Die Verwaltung wurde beauftragt, die betroffenen Gewerbetreibenden einzuladen, damit gemeinsam mit dem BKSA die wechselseitigen Erwartungen besprochen werden können.

4. **Anfragen**

- Auf Anfrage von Stadträtin Zethner teilte Bgm. Dotzel mit, daß vor eine Einführung der Ehrenamtskarte in Würth noch eine Vielzahl offener Fragen zu klären ist.

- Stadtrat Oettinger regte an, das Projekt „Stolpersteine“ ggf. auch in reduziertem Umfang weiter zu betreiben. Dem soll gefolgt werden.
- Stadtrat Hofmann bemängelte die schlechte Placierung des Touchscreens in der Landstrasse. Das Gerät werde weitgehend als Werbeanlage des Optikgeschäfts eingeschätzt und sei zu hoch angebracht. Zudem seien die Inhalte bei direkter Sonneneinstrahlung kaum erkennbar. Bgm. Dotzel sagte eine Überprüfung zu.

Wörth a. Main, den 25.10.2011

Dotzel
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer